

JAHRESPRESSEKONFERENZ

11. Januar 2012

Mit

Lydia Dietrich (Fraktionsvorsitzende)

Siegfried Benker (Fraktionsvorsitzender)

Im Jahr 2012 werden eine Reihe bedeutender Beschlüsse fallen. Das betrifft zum Beispiel Wohnen in München V, die Sanierung des Klinikums, das Bürger- bzw. Ratsbegehren zur 3. Startbahn, die Finanzierung der 2. Stammstrecke, die Entscheidungen zu den weiteren Planungen für die Flughafenanbindung im Münchner Osten, weitere Investitionen in die Kinderbetreuung – um nur einige zu nennen.

2. Stammstrecke

Die Mehrheit der Grünen Fraktion hat alle Beschlüsse mitgetragen, um einen Baufortschritt beim 2. Tunnel zu ermöglichen – sogar als vor der Sommerpause 2011 und wenige Wochen vor der Olympiaentscheidung gegen München die Bahn darauf bestand, den Marienhof sofort für die vorbereitenden archäologischen Grabungen aufzureißen um den angeblich knappen Zeitplan zu halten. Mittlerweile erleben wir aber, dass der Freistaat die Finanzierung verweigert. CSU und FDP haben langjährige Planungen vorangetrieben ohne sich um die Finanzierung zu kümmern. Die Ankündigung, einen neuen Konzertsaal in München bauen zu wollen – ein schönes, aber nicht existentiell notwendiges Projekt – zeigt deutlich, dass die Staatsregierung durchaus noch über finanzielle Spielräume verfügt. Die Entscheidung für den Konzertsaal ist auch eine Entscheidung gegen die 2. Stammstrecke – Taktstock statt Tunnel.

Die Gelackmeierten bei diesem Schwarzer-Peter-Spiel sind Hunderttausende von S-Bahn-Fahrgästen. Der Freistaat weiß genau, dass er in der Pflicht steht – aber vielleicht bleibt ein bisschen Mitschuld an der Stadt haften, wenn sie nur oft genug zum Zahlen aufgefordert wird. Auch die CSU im Münchner Stadtrat hat spontan ihre Angriffe auf die angeblich schlechten Finanzen der Stadt umgedreht und sofortige Mitfinanzierung verlangt. Die Rathaus-CSU ist offensichtlich keine eigene politische Größe dieser Stadt mehr, sondern nur noch ein Wurmfortsatz der Landes-CSU und von deren Wahlkampfstrategie.

Wir Grüne fordern Klarheit über die Finanzierung bis spätestens 31. März 2012. Vorher könnte auf dem Marienhof sowieso nicht gebaut werden, da die archäologischen Untersuchungen bis dahin andauern. In der nächsten Vollversammlung am 25. 1. wollen wir aber beschließen, dass der Marienhof mit der Konzeption wie sie im Wettbewerb beschlossen wurde, endgültig hergestellt wird.

Wenn der große Wurf nicht gelingt, braucht das Münchner S-Bahn-Netz um so dringender die vielen kleinen und großen Einzelmaßnahmen, die wir Grünen seit Jahren fordern: z.B. die Erhöhung der Kapazitäten durch mehr Langzüge und verbesserte Signalsteuerung, Ausbaumaßnahmen an den Außenästen sowie eine bessere Vernetzung zwischen der S-Bahn und dem restlichen ÖPNV.

Flughafenanbindung München Ost

Beim Ausbau der Flughafenanbindung und der Erschließung eines neuen Wohngebietes im Nordosten halten wir einen Tunnel für die beste Lösung. Allerdings setzen sich die Grünen für eine sorgfältige Untersuchung auch der Varianten ein, die optimalen Lärmschutz und eine attraktive städtebauliche Entwicklung ohne 500 Mio. € teure Tunnel realisieren. Der Stadtrat sollte jetzt nicht ohne gründliche und offene Diskussion Entscheidungen treffen. Mit Blick auf die bekannten Unwägbarkeiten von Tunnelbaumaßnahmen, den berechtigten Forderungen nach Lärmschutz auch andernorts und die erforderliche Haushaltskonsolidierung halten wir es für verfrüht, sich bereits jetzt auf die teuerste Variante festzulegen.

Wohnen in München V - und die Grenzen des Wachstums

Nirgends ist der Druck auf den Wohnungsmarkt – und hier vor allem im unteren und mittleren Preissegment – größer als in München. Als Konsequenz hieraus hat München ein ambitioniertes und differenziertes Wohnungsbauprogramm beschlossen, das für alle Schichten der Bevölkerung Wohnraum schaffen soll. Ziel bleibt es, pro Jahr 1800 geförderte Wohnungen zu errichten.

Der Druck auf die Stadt ist aber so gewaltig, dass es nicht gelingt – und nicht gelingen kann – für alle bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen – hauptsächlich weil Investoren ihr Baurecht nicht zeitnah ausnutzen oder nur an der Errichtung von Eigentumswohnungen interessiert sind. Das ist bedauerlich – und die Stadtregierung wird auch weiterhin alles daran setzen, den Wohnungsbedarf von ca. 7.000 Wohneinheiten/Jahr zu decken.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt zeigt München die Grenzen seines Wachstums. Die Zahl der Wohnungen, die auf den vorhandenen Baulandreserven gebaut werden können, liegt bei 46.000.

Von: „kompakt, urban, grün“ zu „kompakter, urbaner, grüner“

Die Grundlagen einer ökologischen und nachhaltigen Stadtentwicklung, eines nachhaltigen, dynamischen Wachstums müssen der aktuellen Situation in der Boomstadt München angepasst werden. Dass München wächst, ist ja nicht neu, neu ist nur der noch stärkere Zuzugsdruck – und die Grenzen des Wachstums. Münchens Expansionsmöglichkeiten sind endlich geworden. Deshalb muss die bisher gültige Maxime „kompakt, urban, grün“ weiterentwickelt werden in „kompakter, urbaner, grüner.“

Dies bedeutet, dass Rahmenbedingungen vorgegeben werden müssen, die mindestens beinhalten:

- alle Freiflächen die für immer freigehalten werden müssen. Diese dürfen nicht nur die großen Grünzüge, sondern auch und gerade kleine wohnortnahe Grünoasen im Viertel beinhalten;

- Zusammenarbeit mit dem Umland – längst steht ein Stadt-Umland-Verband an;
- Kriterien für eine ökologische und sozial verträgliche Nachverdichtung schaffen. Wie viel Verdichtung an welchen Stellen ist verträglich und wünschenswert?
- die Innenstadt ist von Verdichtungsmaßnahmen grundsätzlich auszunehmen;
- in allen Vierteln ist auf gewachsene Strukturen Rücksicht zu nehmen;
- stärkerer Einstieg in kommunale und genossenschaftliche Wohnbauprogramme.

Echter 2. Arbeitsmarkt als Antwort auf die Kürzungen der Bundesagentur

Die Kürzungen für den Bereich der Arbeitsgelegenheiten und Eingliederungsleistungen der Bundesagentur treffen auch die Landeshauptstadt München in erheblichem Maße. In der Konsequenz sind seit 2010 ca. 1/3 der Eingliederungsleistungen der Bundesagentur weggefallen. Dies hat Auswirkungen sowohl auf Arbeitsgelegenheiten außerhalb des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammes (MBQ) als auch für die Projekte innerhalb dieser Maßnahmen.

Die Kürzungen der Bundesebene bedeuten bereits zum 1. April 2012 eine massive Verknappung der Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose. Die Zahl der Stellen gegen Mehraufwandsentschädigung wird von ca. 1650 in 2011 auf ca. 1250 in 2012 gekürzt. Innerhalb der sog. Sozialen Betriebe werden ca. 200 (von derzeit ca. 1200) Stellen wegfallen. Bereits am 17. 1. 2012 beschäftigt sich der gemeinsame Wirtschafts- und Sozialausschuss mit dieser Thematik. Der Vorschlag der Verwaltung wird auf eine lineare Kürzung in allen Maßnahmen hinauslaufen (Frauenprojekte ausgenommen) – Härtefälle werden evtl. anders behandelt.

Wir Grüne fordern als Konsequenz aus den massiven Kürzungen eine grundsätzliche Diskussion über die Frage, ob und wie der Einstieg in einen echten zweiten Arbeitsmarkt gelingen kann. Dies würde bedeuten, dass die kommunalen Gelder (derzeit ca. 26 Mio. im Jahr) sowie die verbleibenden Bundesmittel zusammen mit Mitteln des Sozialreferates für die Einrichtung längerfristiger Arbeitsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose verwendet werden können.

Kinderbetreuung

Im Bereich der Kinderbetreuung wird es auch weiterhin das ehrgeizigste Ausbauprogramm der Republik geben. Zu den derzeit in München bestehenden 68.000 Betreuungsplätzen für Kinder von 0 – 14 werden alleine in 2012 mindestens 2.750 neue Plätze entstehen: 1.500 in Kinderkrippen, 750 in Kindergärten, 500 für Grundschulkindern in Horten und Tagesheimen. Falls sich die Personalknappheit bei den ErzieherInnen nicht bessert, sind wir der Auffassung, dass über weitere Maßnahmen nachgedacht werden muss, wie der Beruf attraktiver gemacht werden kann.

Umweltzone – Tempo 30 - Klimaschutz

Im Umweltbereich stehen 2012 mindestens drei wichtige Entscheidungen an.

Eine wichtige Weichenstellung wird bereits im Januar im Bereich Lärmschutz zu treffen sein. Um die Bevölkerung vor übermäßigem Lärm zu schützen, ist die Geschwindigkeitsreduzierung ein wichtiger Baustein des aktiven Lärmschutzes. Der Lärmaktionsplan, der im Umweltausschuss im Januar verabschiedet werden soll, schlägt als Hauptmaßnahme in neun Straßenabschnitten vor allem nachts Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 30 vor. Die grüne Fraktion steht hinter diesen Maßnahmen.

Bei der Luftreinhaltung steht im Oktober 2012 die Einführung der 3. Stufe der Umweltzone an - und damit der Ausschluss der gelben Plaketten. Der Rückgang der Überschreitungstage seit Einführung der Umweltzone 2008 (an der Landshuter Allee im vergangenen Jahr nur 48, am Stachus nur noch 36 - und damit nur 1 Tag über den zulässigen Überschreitung) bestätigt die Wirksamkeit der Umweltzone. Mit Ausschluss der gelben Plaketten rechnen wir fest damit, dass die Feinstaubgrenzwerte langfristig eingehalten werden können. Bei Stickoxiden dagegen sehen wir ohne eine tatsächliche Verkehrsreduzierung keine realistische Chance, die Grenzwerte einhalten zu können. Als wichtige unterstützende Maßnahme favorisieren wir die umweltsensitive Verkehrssteuerung.

Auch im Bereich Klimaschutz werden voraussichtlich mehrere wichtige Entscheidungen fallen. Der Reduktion der Treibhausgase, insbesondere der CO₂-Emissionen, bleiben wir bei allen anstehenden Beschlüssen verpflichtet. Deswegen sind wir sehr erfreut, dass im Wohnungsbauprogramm „Wohnen in München V“, das jetzt im Januar-Plenum verabschiedet werden soll, zum ersten Mal auch energetische Vorgaben festgeschrieben werden. Der energetische Standard der städtischen Wohnungen liegt damit 15-30 % unter der geltenden Energieeinsparverordnung. Damit profitieren die zukünftigen Mieter dieser Wohnungen bei den derzeit immer weiter ansteigenden Energiekosten von moderaten Heizkosten.

Mit dem integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz (IHKM) wurde 2010 ein Meilenstein in der städtischen Klimapolitik beschlossen. Für überwiegend investive aber auch strategische Maßnahmen, wie Ausbau der Erneuerbaren Energien, Wärmedämmung, nachhaltige Beschaffung, Umrüstung der Beleuchtung, Ausbau des Radwegenetzes und viele andere wurden für die Jahre 2010 – 2012 26 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Dieses Programm gilt es nun auch über 2012 hinaus weiterzuführen. Die dafür notwendigen Mittel wollen wir trotz der Haushaltskonsolidierung auf jeden Fall weiter zur Verfügung stellen.

Rechtsextremismus

Ganz Deutschland war geschockt über die rechtsextreme Mordserie, die jahrelang unentdeckt verübt werden konnte. Als Konsequenz hat die CSU beantragt, den Bayerischen Innenminister aufzufordern, nach der NPD auch die BIA zu verbieten. Inhaltlich halten auch wir es für richtig, diese rechtsextreme Tarnliste der NPD zu verbieten.

Das Vorgehen der CSU zeigt aber leider wieder eines: Alles ist nur noch Wahlkampf. Es hat sich bewährt, dass die demokratischen Parteien gemeinsam und abgestimmt gegen die rechtsextreme BIA im Stadtrat vorgehen. Diesen Konsens hat die CSU verlassen zugunsten einer kurzlebigen Presseöffentlichkeit. Dies wird zur Konsequenz haben, dass in der Vollversammlung am 25. 1. 2012 über diesen Antrag diskutiert werden wird. Wir fordern die CSU aber auf, wenigstens in der Frage des

Umganges mit der rechtsextremen BIA den Wahlkampfmodus zu verlassen und wieder ein gemeinsames Vorgehen zu suchen.

Die 3. Startbahn ist überflüssiger denn je!

Am Beginn des neuen Jahres steht ein Thema, das auch im alten ganz oben auf der Tagesordnung stand: Die Auseinandersetzung um den Bau einer 3. Startbahn am Münchner Flughafen und das Bürger- bzw. Ratsbegehren zu diesem Thema.

Die 3. Startbahn steht symbolisch für eine rücksichtslose und grenzenlose Wachstumspolitik – nicht nur im Erdinger Moos, wo Zehntausende von Anwohnern die Folgen tragen sollen. Sie würde den Münchner Flughafen für eine Gesamtkapazität von mehr als 700.000 Flugbewegungen ausrüsten. Wir Grüne sagen: Die jetzige Kapazität von 480.000 Flugbewegungen (laut Gutachten sogar 575.000) ist genug – und bereits am äußersten Rand dessen, was den Menschen in der Flughafenregion zugemutet werden kann.

Dabei bleibt der Flughafen bisher den Nachweis schuldig, dass eine weitere Startbahn wirklich notwendig ist. Die Zahlen des bisherigen Rekordjahres 2008 (432.000) wurden seitdem nicht wieder erreicht. Dass die FMG und der Freistaat den eigenen Wachstumsprognosen nicht trauen, zeigt die vertragliche Verpflichtung der Lufthansa auf ein forciertes Wachstum bei Androhung einer Ausgleichszahlung von bis zu 50 Mio. € bei Nichterfüllung. Auch für 2012 sind die Aussichten für den europäischen Flugverkehr nicht allzu rosig – das ist jedenfalls die Einschätzung der internationalen Vereinigung der Fluggesellschaften IATA. Hinzu kommt, dass auch die bisher erreichten Zahlen ja auf Subventionen beruhen: Die Lufthansa verbraucht nach eigenen Angaben 8,46 Millionen Tonnen Kerosin, bei einer normalen Besteuerung (Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer) ergäbe dies eine Summe von fast 8 Milliarden Euro. Dazu kommt ein Steuergeschenk über die Flugtickets im grenzüberschreitenden Verkehr von 500 Mio. Euro.

Bisher liegt keine klare Finanzierung der 3. Startbahn vor, aktuell werden die Kosten mit 1,2 Milliarden Euro angegeben. Wenn man sich die Kostenexplosion des Flughafens von den Planungen in den sechziger Jahren mit 800 Millionen Mark bis zu den Kosten bei der Inbetriebnahme von 8,55 Milliarden Mark ansieht, kommen einem Zweifel daran, dass der hoch verschuldeten Flughafen (2,7 Mrd. Euro) dieses Projekt wie angekündigt aus eigener Tasche zahlen kann.

Die Folgen dieses unsinnigen und völlig überflüssigen Projektes wären für Umwelt und Menschen dramatisch: Vernichtung von mehr als 1000 Hektar Vogelschutzgebiet, Steigerung der ohnehin schon hohen Belastung durch Lärm und Abgase für Zehntausende von Menschen, unverantwortliche Steigerungsraten beim CO₂-Ausstoß (bis auf 10 Millionen Tonnen im Jahr 2025), die mit den Zielen der LH München für den Klimaschutz (mindestens 50% weniger bis 2030 i. Vgl. zu 1990) nicht vereinbar sind. Dies zeigt, was die Bekenntnisse der großen Koalition im Rathaus zum Klimaschutz wert sind: kaum das Papier, auf dem sie gedruckt werden. Wir sind zuversichtlich, die Menschen in München vom Unsinn der 3. Startbahn überzeugen zu können und beim Bürgerentscheid eine Mehrheit für eine verantwortliche und nachhaltige Politik hinter uns zu bringen.

Das Städtisches Klinikum braucht seriöse politische Partner

Die sogenannte Sterikrise von 2010 hat sich im städtischen Klinikum zu einer bedrohlichen und existenziellen Krise ausgeweitet. Aus einem Defizit von ca. 4 Mio.

Euro wurden plötzlich 12 Mio., aus rund 24 Mio. im Frühjahr 2010 wurden 44 Mio. im Herbst. Missmanagement, falsche Prioritätensetzung der alten Geschäftsführung und unzureichende bzw. verpasste Reformen haben das Klinikum an den Rand des Abgrunds gebracht.

Mit der neuen Geschäftsführung unter Dr. Harrison hat sich der Wind gedreht. Eine klare und ungeschönte Analyse brachte die Defizite und erstmals realistische Zahlen an den Tag. Ein Sanierungsprogramm hat den hohen Anspruch bis zum Jahr 2015 schwarze Zahlen zu schreiben. Dazu muss sowohl die Erlösseite als auch die Kostenseite aktiviert und verbessert werden. Allein die richtige Codierung bringt schon Millionen – denn bisher gingen dem Klinikum durch unvollständige Abrechnungen Summen in zweistelliger Millionenhöhe verloren. Die Bildung von Schwerpunkten wird Kosten reduzieren und Synergien schaffen. Es wird nicht mehr an jedem Standort alles angeboten werden können, wenn ein Standort nicht die für die Wirtschaftlichkeit notwendigen Fallzahlen aufweist. Auch die Personalkapazitäten müssen kritisch betrachtet werden, außer in der Pflege gibt es dort Einsparmöglichkeiten. „Jeder Stein wird umgedreht“, dieser Satz der Geschäftsführerin Fr. Dr. Harrison ist die Überschrift des Sanierungsprogramms.

Wir wollen das städtische Klinikum mit seiner hervorragenden gesundheitlichen Versorgung für die breite Bevölkerung in München als einen wesentlichen Pfeiler der kommunalen Daseinsvorsorge erhalten. Und wir fordern, dass endlich Schluss ist mit dem Missbrauch des städtischen Klinikums als Wahlkampfthema. Zu viele selbstberufene Spezialisten glauben, ihr vorgebliches Expertenwissen, ihre Verdächtigungen und Spekulationen unter die Leute bringen zu müssen. Die Folgen - Verunsicherung bei Patientinnen und Patienten, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - sind ihnen offensichtlich egal, Hauptsache die Schlagzeile stimmt. Das städtische Klinikum braucht jetzt mehr Seriosität, mehr Ruhe und mehr Vertrauen.

Bürgerbeteiligung von Anfang an realisieren!

Wenn die Politik verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen will, führt kein Weg daran vorbei, politische Entscheidungen transparenter zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitwirkungsrechte zu geben. 2012 wollen wir einige wichtige Schritte auf diesem Weg voranzukommen. Gerade Verfahren, die sich auch der Möglichkeit des Internets im Sinne von Partizipation durch Open Government bedienen, können der Demokratie im 21. Jahrhundert neue Wege öffnen.

Damit beschäftigen sich unsere Anträge zur Einführung von Online-Petitionen, zur Nutzung von Diskussionsforen und Ideenwettbewerben im Internet (z.B. im Vorfeld von Bürgerversammlungen oder bei Planungsprozessen) und zum Angebot eines offenen Datenkatalogs, auf den jedermann zugreifen kann.

Besonders im Bereich der Stadtplanung, bei neuen Bauvorhaben, ist eine umfassende Bürgerbeteiligung notwendig. Wir wollen, dass sich die Menschen mit ihrer Stadt, mit ihrem Viertel identifizieren und es mitgestalten. Eine gute Gelegenheit für eine neue Qualität in der Bürgerbeteiligung bietet sich im Entwicklungsgebiet Nockherberg/Au, wo die Stadt mit dem Wegzug der Paulanerbrauerei vor große Herausforderungen gestellt wird. Dieses Gebiet ist hochattraktiv für den Wohnungsbau mitten in der Stadt in einer bevorzugten Lage, auf der ein großer Aufwertungsdruck liegt. Hier müssen die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung umfassend integriert werden. Wir wollen an diesem Ort keine einseitigen Bevölkerungsstrukturen, sondern die bewährte „Münchner Mischung“ zwischen

gefördertem und freifinanziertem Wohnbau realisieren, so dass verschiedene Einkommensgruppen hier leben können.

Das Projekt muss auch für die Bürgerbeteiligung neue Maßstäbe setzen: Runde Tische der unterschiedlichen Interessensgruppen, Einwohnerversammlungen, Bürgergutachten, der Einsatz geografischer Informationssysteme – all diese Partizipationsverfahren sind zu prüfen. Diesmal müssen die BürgerInnen mitreden und mitentscheiden bevor Fakten geschaffen werden!

10 Jahre Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Eine Errungenschaft rosa-grün-roter Reformpolitik wird 2012 10 Jahre alt: Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (KGL). Ihre Einrichtung wurde 2001 noch gegen die Stimmen der CSU beschlossen. Heute sind im Stadtrat meist auch die Konservativen mit im Boot, wenn Beschlüsse zu lesbisch-schwulen-transgender Initiativen gefasst werden. Schon das demonstriert, dass die Koordinierungsstelle es in den 10 Jahren geschafft hat, eine breite Öffentlichkeit für die Lebenssituation von Lesben, Schwulen und Transgender herzustellen und dadurch Akzeptanz und Toleranz zu erhöhen.

Die KGL ist das Zentrum lesbisch-schwuler-transgender Politik in München. Sie wirkt auf vielen Ebenen, beratend und informierend, veranstaltet Fortbildungen und Fachgespräche, stellt Publikationen zusammen, vernetzt und unterstützt die Community, organisiert Ausstellungen und verwaltet die Regenbogenstiftung. Sie stellt Forderungen, formuliert Handlungsbedarfe und Herausforderungen.

Und sie setzt Schwerpunkte zu Themen, wie z.B. „Lesbisches Leben in München“ und macht dadurch deutlich wie sehr lesbisches Leben ignoriert, ausgegrenzt und diskriminiert wird.

Veränderungen im Verhalten von Menschen in Richtung Akzeptanz und Toleranz beginnen oftmals mit der Realisierung von Problemlagen. Dies gilt gerade für die lesbisch-schwule-transgender Thematik. Der unermüdliche Einsatz der KGL, ihr Wirken auf allen Ebenen, ihr politisches Handeln im Sinne der Community und im Sinne einer modernen liberalen Stadt macht sie zu einer bundesweit einmaligen Einrichtung mit großer Reputation über die Grenzen der Stadt hinaus.

Personalpolitik: Ein grünes Parteibuch ist kein Ausschlusskriterium

Zwei Mitglieder der Grünen Stadtratsfraktion haben sich um wichtige öffentliche Ämter beworben: Boris Schwartz um das Amt des Kommunalreferenten und Siegfried Benker um die Geschäftsführung der MünchenStift GmbH. Beide Bewerbungen werden von der grün-rosa Fraktion unterstützt.

Für die Leitung des Kommunalreferates fällt der grün-rosa Fraktion gemäß der Kooperationsvereinbarung mit der SPD das Vorschlagsrecht zu. Wir stehen zu einer politischen Besetzung von kommunalen Spitzenämtern, denn dies halten wir für unabdingbar, um einerseits die politischen Richtlinien des Stadtrats im Verwaltungshandeln durchzusetzen und andererseits im Stadtrat das Vertrauen in die Amtsführung der städtischen Spitzenbeamten aufrecht zu erhalten. Eine enge und vertrauensvolle Kooperation und Kommunikation zwischen dem ehrenamtlichen und berufsmäßigen StadträtInnen ist die Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit.

In einem übertragenen Sinne gilt dies auch für die Leitung von städtischen Gesellschaften, denn viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge werden mittlerweile nicht mehr von Behörden, sondern von Gesellschaften in privaten

Rechtsformen erfüllt. Natürlich hat die Stadtratsmehrheit ein Interesse daran, ihre politische Linie in der Verwaltungsspitze und der Leitung der großen städtischen Gesellschaften wiederzufinden. Dies ist in einem Gemeinwesen von der Größe Münchens nur zu schaffen, wenn auch ein politisches Vertrauensverhältnis besteht und der alltägliche parteipolitische Kleinkrieg vermieden werden kann. Selbstverständliche Voraussetzung für alle BewerberInnen muss aber, ob Amt oder Geschäftsführung einer öffentlichen GmbH, die notwendige Qualifikation sein – und die haben beide nachweislich.

Boris Schwartz hat durch seine langjährige Tätigkeit im Planungs- und Finanzausschuss – zwei Querschnittsreferaten - große politische Erfahrungen gesammelt. Sein fachliches und politisches Profil und seine berufliche Erfahrung weist aber weit über diese Tätigkeiten hinaus. Er erfüllt daher nach unserer Überzeugung alle Voraussetzungen für die Leitung des Kommunalreferats.

Siegfried Benker verfügt nach vielen Jahren im Sozialausschuss, als Korreferent des Sozialreferats und nach 15 Jahren im Aufsichtsrat der MünchenStift über detaillierte Kenntnisse nicht nur der Probleme und Zukunftsaufgaben dieses Unternehmens sondern der gesamten Münchner Sozialpolitik. Seine Bewerbung für die Geschäftsleitung hat daher unser volles Vertrauen, allerdings entscheidet über diese Personalie nicht der Stadtrat, sondern allein der Aufsichtsrat der MünchenStift.

Wie vorhersehbar war, versucht die CSU, diese beiden Bewerbungen mit dem Vorwurf der Parteibuchwirtschaft zu skandalisieren. Doch dieser Vorwurf greift ins Leere. Die Besetzung gerade dieser beiden Positionen zeigt, dass für uns die Qualifikation eine übergeordnete Rolle spielt. Die Parteizugehörigkeit kann und darf kein Ausschlusskriterium sein, aber natürlich auch nicht das einzige Kriterium. Was nämlich dann passiert, zeigt ein Blick auf die Landesebene, wo die CSU seit Jahrzehnten hohe Ämter ausschließlich nach Parteibuch vergibt und wo der finanzpolitisch völlig unbeleckte Markus Söder mitten in einer schweren Krise Finanzminister werden konnte, lehrt, was von diesem Vorwurf zu halten ist: Es ist ein Musterbeispiel für Doppelmoral.

Ausblick

Mitte 2011 drohte dem Oberbürgermeister der Bedeutungsverlust durch die allmähliche Nominierung seines Nachfolgekandidaten. Um dem zuvorzukommen rief er sich selbst zum Kandidaten der SPD für das Jahr 2013 aus – und eröffnete damit den Wahlkampf.

Der CSU stürzte sich daraufhin ebenfalls sofort in den Wahlkampf. Seitdem erleben die MünchnerInnen eine hysterisierte CSU als ob in drei Wochen Wahltag wäre und die CSU bei 9 Prozent stehen würde. Die CSU hat die Parole ausgegeben: Auf alles draufschlagen um Ude zu treffen. Josef Schmid ist auf Knopfdruck von Seehofer vom verständigen Kuschtier zum torkelnden Godzilla mutiert. So hat die CSU vor Weihnachten eine Pressekonferenz abgehalten, in der sie ein sogenanntes „Schwarzbuch rot-grün“ vorgestellt hat. Abgesehen davon, dass Schwarzbücher schon traditionell den Gegnern der CSU vorbehalten waren – konnte an diesem Pamphlet eines erkannt werden: Es geht darum, um sich zu schlagen. In der Pressekonferenz der CSU fand sich nicht ein eigener Gedanke, wie es mit München weitergehen sollte – es fanden sich ausschließlich angebliche Verfehlungen von rot-grün. Vor einer Opposition, die mit einem derart schwach ausgeprägten Gestaltungsdrang ans Werk geht, ist uns auch weiterhin nicht bange.